Öffentliche Bekanntmachung des Regierungspräsidiums Karlsruhe

Die Firma **RVM Rückstandsverwertungs GmbH**, Rottdamerstr. 9 -11 in 68219 Mannheim beabsichtigt die Änderung ihres bestehenden Abfallzwischenlagers auf dem Betriebsgelände Rottdamer Str. 9 -11 (Flurstück-Nrn. 19741/10, 19741/14 und 19741/17) durch den Anbau einer neuen Halle an die bestehende Lagerhalle mit einer Erhöhung der Lagerkapazität um 2.000 Tonnen Galvanik- und Metallhydroxidschlämme in der neuen Halle. Die Gesamtlagerkapazität der Anlage beträgt damit 5.686 Tonnen. Die geänderte Anlage soll unmittelbar nach Erteilung der Genehmigung in Betrieb genommen werden, spätestens bis Februar 2018.

Für die Änderung der Anlage beantragt die genannte Firma die Genehmigung nach den §§ 4 und 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit den §§ 1 und 2 der Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG und der Nr. 8.12.1.1 Spalte c und d des Anhangs 1 zu dieser Verordnung.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe führt ein förmliches Genehmigungsverfahren (§ 10 BImSchG) mit einer Vorprüfung des Einzelfalls nach § 1 Abs. 3 der Neunten Verordnung zur Durchführung des BImSchG in Verbindung mit dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durch.

Die Öffentlichkeit ist nach Maßgabe des § 10 Abs. 3 und Abs. 4 BImSchG sowie den entsprechenden Vorschriften der Neunten Verordnung zur Durchführung des BImSchG an dem Verfahren zu beteiligen.

Der Antrag, die Antragsunterlagen sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die dem Regierungspräsidium Karlsruhe zum Zeitpunkt dieser Bekanntmachung vorlagen, lagen von Montag, 21.08.2017 bis Mittwoch, 20.09.2017 bei folgenden Behörden während der Dienststunden zur Einsichtnahme aus:

- a) Regierungspräsidium Karlsruhe, Schlossplatz 1 - 3, Karlsruhe, Zimmer 047, EG (Eingang rechts);
- b) Stadtverwaltung Mannheim, Beratungszentrum Bauen und Umwelt, Collinistraße1, 68161 Mannheim, Foyer des Collini-Centers (Montag - Donnerstag 8.00 - 17.00 Uhr, Freitag 8.00 - 12.00 Uhr)

Nachdem bis zum **Ende der Einwendungsfrist bis einschließlich 20.10.2017** keine Einwendungen erhoben wurden, findet der **am Dienstag, dem 21.11.2017** ab 10 Uhr im Friedrich-Walter-Saal des Stadtarchives Mannheim, Collinistraße 1, 68161 Mannheim, Erdgeschoß anberaumte **Erörterungstermin** nach § 16 Abs. 1 der 9. BImSchV **nicht statt**.

Die Entscheidung über den Antrag wird auf der Homepage des Regierungspräsidiums unter www.rp-karlsruhe.de öffentlich bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 25.10.2017

Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2